

Stefan Sünwoldt

OFFENER BRIEF 2

EMail: stefan.suenwoldt@gmail.com

Adressat: **Bundespolitik** -Ersuchen um strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufsrechtliche
Rehabilitation sowie Entschädigung von Coronajustiz-Opfern-

Sehr geehrte Damen und Herren,

03.11.2025

erneut ersuche ich Sie um Rehabilitation von Ärzten, ihren Patienten und darüber hinaus von Soldaten und Polizisten. Ausgehend von einer vorgeblichen und zugleich frühzeitig im BMI als „Fehlalarm“ bezeichneten Virusbekämpfung ab dem Frühjahr 2020 werden bis heute zu Tausenden Ärzte, welche sich mit Maskenattesten oder Impfunfähigkeitsbescheinigungen schützend vor ihre Patienten gestellt haben, strafrechtlich verfolgt. Dasselbe Schicksal erleiden zu Hunderttausenden ihre attestinhabenden Patienten (Strafen als Anstifter oder Gebrauchsmachende) und zudem Soldaten (Impf-Duldungspflicht) und Polizisten. Wie wir heute wissen, waren die Corona-Maßnahmen in weiten Teilen grundrechtsübergreifend und verfassungswidrig. Dennoch werden von der deutschen Justiz die damals erlassenen Maßnahmeverordnungen und -gesetze nicht in Frage gestellt und insgesamt zu Hunderttausenden strafrechtlich nicht vorbelastete ehrbare Bürger dieser Republik strafrechtlich verfolgt und verurteilt. Bei den Ärzten führt dies immer wieder zum Verlust ihrer beruflichen und teils auch privaten Existenz. Einige befinden sich für lange Zeit in Untersuchungshaft und/oder sitzen final ein. Die Gerichtskosten und hohen Anwaltskosten sind ohne Spenden von Bürgerinitiativen häufig nicht zu bewältigen. Alle Ärzte haben sich an das Genfer Gelöbnis bzw. den Hippokratischen Eid gehalten. Dieser Justizskandal deckt im Ergebnis behördliche Verstöße gegen den Nürnberger Codex und beschädigt die Menschen und unser Land und nicht zuletzt das Gesundheitssystem als Ganzes.

Es besteht ein hinreichender Anfangsverdacht, dass die Justiz gegen anständige Ärzte und hilflose Patienten hunderttausendfach politische Rechtsanwendung betreibt; impfskeptische Soldaten und Polizisten eingeschlossen. Es geht ein riesiger Riss durch Deutschland, der das Vertrauen der Menschen ins Gesundheitssystem zerstört. Dies unterhöhlt unsere rechtsstaatliche Demokratie. Das muss aufhören! Recht und Ordnung müssen wieder berechenbar werden!

Es ist höchste Zeit für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit klaren Rechten und v.a. Pflichten für alle Beteiligten! Enquete-Kommissionen sind insoweit unzureichend. Am Ende müssen die in die Fänge einer politisierten Corona-Justiz geratenen unbescholtenen Bürger strafrechtlich, verwaltungsrechtlich und berufsrechtlich rehabilitiert und entschädigt werden! Bis dahin müssen sämtliche Verfahren mit Coronabezug zumindest ausgesetzt und Häftlinge auf freien Fuß gesetzt werden! Nicht zu unterschätzender Nebeneffekt: die Entlastung der schon seit langem schwer überlasteten und chronisch unterbezahlten Justiz! Vielen Dank!

Mit stets hoffnungsvollen und verfassungstreuen Grüßen

gez. Stefan Sünwoldt, Kaltenkirchen

besorgter Vater, Rechtsanwalt, Bürgermeister a.D., Regierungsrat a.D.